

2017 - ein Jahr der Proteste in Belarus

Herasimenka, Aliaksandr

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Herasimenka, A. (2017). 2017 - ein Jahr der Proteste in Belarus. *Belarus-Analysen*, 34, 2-6. <https://doi.org/10.31205/BA.034.01>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>

2017 – ein Jahr der Proteste in Belarus

Aliaksandr Herasimenka (Universität Westminster in London)

Zusammenfassung

Die regierungskritischen Proteste 2017 in Belarus waren so flächendeckend und erfolgreich wie kaum eine andere Aktion seit der Unabhängigkeit des Landes. In nicht weniger als 17 Städten strömten die Menschen auf die Straße. Einige dieser Städte hatten eine solche Mobilisierung seit mindestens 20 Jahren nicht mehr gesehen. Im zu Ende gehenden Jahr haben zwei Kampagnen eine beträchtliche Teilnehmerzahl mobilisiert und für großes Aufsehen in der Gesellschaft gesorgt: Zum einen waren das die Proteste gegen die Steuer für »Sozialschmarotzer« und zum anderen die Bewegung zum Schutz der Gedenkstätte in Kurapaty. In diesem Beitrag soll aufgezeigt werden, warum und auf welche Weise diese beiden Protestwellen für Belarus ungewöhnlich waren, und welche Implikationen sie für Regierung und Gesellschaft haben.

Zeitschiene der Proteste

Die Kampagne gegen die Steuer für »Sozialschmarotzer«

Die markantesten Proteste des Jahres 2017 entwickelten sich im Zusammenhang mit der Kampagne, die die Abschaffung einer neuen Steuer forderte, die in Belarus gemeinhin als »Gesetz gegen Sozialschmarotzer« bezeichnet wird. Die Steuer betraf belarussische Bürger, die in den vergangenen sechs Monaten nicht gearbeitet und keine Einkommensteuer entrichtet hatten. Sie sollte sich auf umgerechnet rund 214 Euro pro Jahr belaufen. Dem stand Anfang 2017 ein durchschnittliches Einkommen von umgerechnet rund 350 Euro monatlich gegenüber. Den belarussischen Steuerbehörden zufolge hätten rund 470.000 der 9,5 Millionen Einwohner von Belarus diese Steuer zu zahlen gehabt, wobei dies allerdings nur 50.000 fristgerecht auch getan hätten.

Diese Zahlungsverweigerung spiegelt die allgemeine Stimmung in der Gesellschaft wider. Viele betrachteten diese Steuer als unfair oder unmöglich zu leisten. Bei Nichtzahlung drohen Verurteilungen zu gemeinnütziger Arbeit oder Arrest.

Mehrere politische Organisationen sowie Menschenrechts- und Arbeitsrechtsgruppen starteten dann Kampagnen gegen die Steuer. Anfänglich konzentrierten sie sich auf Unterschriftensammlungen für Petitionen an die Regierung. Anwälte und Menschenrechtsverteidiger stellten denjenigen juristische Hilfe zur Verfügung, die mit dieser Steuer belegt worden waren. Die Belarussische Gewerkschaft der Beschäftigten in der Radioelektronikindustrie (REP), die Bewegung »Für die Freiheit« und die »Vereinigte Bürgerpartei« wie auch regionale Aktivisten unterschiedlicher Orientierung spielten im Januar 2017, in der Anfangsphase dieser Bewegung, eine elementar wichtige Rolle. Diese Organisationen hatten die Stimmung in der Gesellschaft, die in lawinenartigen Online-Diskussionen und Videos und den in sozialen

Netzwerken kursierenden Videos über die Steuer und ihre Alltagserfahrungen und tatsächlichen Probleme ihren Ausdruck fand, richtig erfasst: Die Menschen waren bereit zu protestieren.

Die ersten massenhaften Aktionen fanden gegen Ablauf der Zahlungsfrist statt. In einigen Städten hatte eine Mitte-Rechts-Koalition politischer Organisationen (darunter die »Vereinigte Bürgerpartei« und die Bewegung »Für die Freiheit«) auf regionaler Ebene zu den ersten Aktionen aufgerufen. Separat hatte der »Belarussische Nationalkongress« von Mikalaj Statkewitsch (letzterer war 2010 einer der Präsidentschaftskandidaten gewesen, die noch am Wahlabend verhaftet wurden) zu einer Demonstration in der Hauptstadt Minsk aufgerufen. Hier kam es am 17. Februar 2017 zu den ersten Protesten mit 2.500 Teilnehmern.

Unerwartet schnell kam es zu weiteren Protesten gegen die Steuer. Nur zwei Tage nach den Ereignissen in Minsk folgten Versammlungen in den regionalen Hauptstädten Brest, Homel, Mahiljou, Hrodna und Wizebsk, zu denen nach Angaben von »TUT.by« insgesamt 2.800 Menschen zusammenkamen. Nach drei Wochen und weiteren fünf friedlichen und von der Polizei nicht gestörten Aktionen kündigte Präsident Lukaschenka überraschend dezente Änderungen am Steuergesetz an.

Die Frist zur Zahlung der Steuer wurde um ein Jahr verlängert. Diese Zugeständnisse änderten jedoch nichts an der Stimmung der Leute. Viele Protestierende begannen nun, nicht nur eine Abschaffung der Steuer für »Sozialschmarotzer«, sondern auch eine Überwindung der allgemeinen sozio-ökonomischen Krise zu fordern, die zu sinkenden Lebensstandards, gestiegenen Arbeitslosenquoten und unpopulären Reformen des staatlichen Rentensystems geführt hatte. Viele der Protestierenden forderten darüber hinaus die Wiederherstellung von seit Langem verweigerten bürgerlichen und politischen Freiheiten sowie den Rücktritt Lukaschenkas. In den folgenden Tagen dehnten sich die Proteste auf vier

weitere Städte aus, nämlich Maladsjetschna, Pinsk, Worscha und Rahatschou.

Die letzte große öffentliche Aktion der Protestbewegung gegen die Steuer war der Marsch über den Hauptboulevard von Minsk, der am 25. März 2017, dem »Tag der Freiheit« stattfand. Während des Marsches gingen »Sicherheitskräfte gewaltsam gegen die Demonstranten [vor] und [schlugen] Frauen, Minderjährige und Senioren [...] [es wurden] in Minsk mindestens 700 Personen inhaftiert«, wie eine Entschließung des Europäischen Parlaments vom 6. April 2017 zur Lage in Belarus konstatierte.

Die Bewegung zur Verteidigung von Kurapaty

Parallel zu den Protesten gegen die »Sozialschmarotzersteuer« entstand in den Ausläufern der belarussischen Hauptstadt eine weitere hartnäckige Protestbewegung. Ausgelöst wurde sie durch umstrittene Baupläne für ein Geschäftszentrum in dem Minsker Stadtteil, der an die Gedenkstätte Kurapaty grenzt. Das Gebiet war als historische Stätte geschützt gewesen, hatte diesen Status aber 2014 verloren. In den folgenden Jahren entstand eine Reihe von Bauprojekten in diesem Gebiet, unter anderem Pläne für ein Geschäftszentrum, die von Ihar Anischtschanka, einem der erfolgreichsten Immobilienunternehmer des Landes vorangetrieben wurde. Es war Anischtschankas Geschäftszentrum, das die Wut der Teilnehmer der Kampagne in Kurapaty ausgelöst hatte.

Die Gedenkstätte Kurapaty ist ein bewegendes Symbol für die Geschichte des sowjetischen Regimes. Hier wurden die Leichen Tausender Opfer der Stalinschen Massensäuberungen entdeckt. Da bisher eine umfassende Untersuchung aussteht, schwanken die Zahlen der Opfer zwischen 100.000 und 250.000.

Die Gedenkstätte erinnert symbolhaft an die Repressionen der 1930er Jahre durch das sowjetische Regime in Belarus. Die »Entdeckung« der Exekutionsstätte hatte die antikommunistische, auf eine Unabhängigkeit gerichteten Bewegung der 1980er Jahre zusätzlich verstärkt. Die Gedenkstätte spielt immer noch eine wichtige Rolle in der belarussischen Politik. Allerdings unternimmt die Regierung nicht viel zur Pflege der Gedenkstätte und scheut eine Diskussion der Stalinschen Repressionen. Sie fördert dadurch indirekt ein sowjetisches Geschichtsnarrativ.

Dissidenten und politische Aktivisten, die oft rechtsgerichteten, auf Unabhängigkeit ausgerichteten Organisationen entstammen, unterstreichen unentwegt die Bedeutung der Gedenkstätte. Diese Aktivisten wurden zur treibenden Kraft hinter der Protestbewegung, die sich am 20. Februar 2017 an der Baustelle entfaltete. An jenem Tag veranstaltete eine Gruppe Aktivisten zeitliche Sit-ins, um die Bauträger mit Verbindungen zum Regime an den Bauarbeiten zu hindern.

Dutzende Protestierender argumentierten, dass das Projekt in einem Schutzgebiet in der Nähe einer Gedenkstätte betrieben werde, und dass das Projekt das Gedenken an die Opfer des Sowjetstaates entweihe. Die Aktivisten hielten den Bau für etliche Wochen auf, indem sie sich an das Baugerät ketteten, ein Zeltlager und hölzerne Kreuze errichteten und Kunstveranstaltungen organisierten. Über soziale Medien wurden die Aktionen per Livestream übertragen.

Andere Proteste

Eine Reihe politischer Versammlungen 2017 hatten weder mit Kurapaty, noch mit der Einführung der Steuer zu tun. Einige wendeten sich gegen das gemeinsame belarussisch-russische Militärmanöver »Westen 2017« im September des Jahres. Andere, etwa der »Marsch der wütenden Belarussen Nr. 2«, thematisierten die Lebensstandards und die Misshandlung von Rekruten durch Dienstälerer (auf Russisch als »Dedowschtschina« bekannt) in den belarussischen Streitkräften. Andere Veranstaltungen gehören zu den regelmäßigen Versammlungen der politischen Opposition, die alljährlich anlässlich wichtiger Ereignissen wie der Katastrophe in Tschernobyl stattfinden. Allerdings sind 2017 im Vergleich zu den Vorjahren zu keiner dieser Versammlungen wesentlich mehr Teilnehmer gekommen.

Was war das Besondere dieser Proteste?

Im bisherigen Verlauf des Jahres 2017 fanden in belarussischen Städten nicht weniger als 13 regierungskritische politische Aktionen statt, zu denen jeweils über 500 Personen kamen, was nach belarussischen Maßstäben beträchtlich ist. Dem stehen nur zwei Aktionen im Jahr 2015 (dem letzten Jahr, zu dem Daten des Forschungsinstituts »Palitytschna Sfera« – dt.: »Politische Sphäre« – verfügbar sind: <<http://palityka.org/en/2016/03/pratesty-i-vybaryvyniki-manitorynhu-pratestnaj-aktyunasci-u-bjelarusiza-2015-h/>>) und vier im Jahr 2014 gegenüber.

Gewöhnlich wird die geringe Anzahl regierungskritischer Aktionen mit der schmerzlichen Erfahrung erklärt, die es mit politischen Straßenprotesten in Belarus gibt. Viele haben noch die Protestbewegungen nach den Wahlen 2006 und 2010 in Erinnerung: Das autoritäre Regime des langjährigen Präsidenten Aljaksandr Lukaschenka war seinerzeit gegen »gewöhnliche« wie prominente Aktivisten besonders hart vorgegangen. Dass Protestierenden auch nur irgendwelche Zugeständnisse gemacht würden, war nie in Frage gekommen. Viele wanderten ins Gefängnis, während andere ihren Studien- oder Arbeitsplatz verloren.

2017 waren die Proteste gegen die »Schmarotzersteuer« und die Bewegung zur Verteidigung von Kurapaty nicht nur wegen ihrer Ausmaße bemerkenswert. Ihre demographische Zusammensetzung, der Einsatz

bestimmter Medien und die Rolle der Führungspersonen wiesen höchst spezifische Merkmale auf, die sich von dem unterschieden, was früher in Belarus zu beobachten war.

Zwei Ansichten zur Organisation der Proteste

Belarus verfügt über eine lange Protesttradition. Allerdings haben sich diese Aktionen nur selten zu einer wochenlangen Protestbewegung entwickelt, die dem Regime irgendwelche Zugeständnisse abringen würde. Dieses Mal ergab sich ein anderes Bild. Und das könnte etwas damit zu tun haben, wie die Proteste organisiert und wie Informationen über sie verbreitet wurden.

Während das Sit-in-Lager von Kurapaty anerkannte Organisatoren und Führungspersonlichkeiten hatte, war die Frage der Führerschaft bei den Demonstrationen gegen die »Schmarotzersteuer« komplizierter. Ähnlich wie viele soziale und politische Bewegungen, die es in autoritär regierten Staaten in jüngster Zeit gegeben hat, wurde die Kampagne gegen die Steuer von vielen Kommentatoren als »führerlos« bezeichnet. Hierzu bestehen grob gesagt zwei Ansichten.

Die Anführer der Oppositionsparteien und einige Experten aus der Zivilgesellschaft meinen, dass diese Kampagne sich auf bestehende Organisationsstrukturen unterschiedlicher politischer und zivilgesellschaftlicher Gruppen gestützt habe. Dieser Ansicht ist zum Beispiel der Programmkoordinator des »Kongresses demokratischer NGOs von Belarus«, Juras Tschawusau. Im Gespräch mit dem Verfasser meinte dieser, dass die Organisationsstrukturen der Mitte-Rechts-Koalition ein Interesse daran hätten, einen Mythos von führerlosen und spontanen Protesten zu nähren. Diese Strukturen hätten ihre beträchtliche Rolle hier deshalb unbezogen gelassen, um möglichen Druck und Repressionen durch die Regierung zu vermeiden.

Aktivisten ohne politischen Parteibindung, die an den Protesten vor Ort teilgenommen hatten, sind gegenwärtiger Ansicht, wie die Feldrecherchen des Verfassers ergaben. Diese Aktivisten meinten, die Proteste hätten keine Anführer oder Organisationsstrukturen gehabt und wären so spontan gewesen, wie man es sich nur vorstellen könne. So berichtete Maxim Filipowitsch, zur Zeit der Proteste der populärste politische Blogger in Belarus, der bei mindestens sechs Demonstrationen, darunter einer in Kurapaty dabei war, dass viele Leute sich den Protesten angeschlossen hätten, sobald sie die wütende Menge auf der Straße gesehen hatten. Viele hätten Informationen über die Demonstrationen durch Berichte in Nachrichtemedien und aus sozialen Netzwerken erhalten. Und viele hätten bislang noch keinerlei Protesterfahrungen in Belarus gehabt.

Demographie der Proteste

Ein großer Teil der Protestierenden repräsentierten soziale Gruppen, die typischerweise das herrschende Regime unterstützen und in eher kleineren und ärmeren Städten leben. So erfolgte die nach Minsk größte Kundgebung in Wizebsk, dem Zentrum einer Region, in der 2017 im Vergleich zu den anderen Regionen das niedrigste Durchschnittseinkommen verzeichnet wurde. Wie in vielen anderen kleineren und sogar noch ärmeren Städten, in denen ebenfalls es zu Protesten gegen die Steuer gekommen war, hatte sich in Wizebsk seit Jahrzehnten nicht mehr eine solche Menschenmenge versammelt. In kleineren Städten ist die Arbeitslosigkeit gewöhnlich höher als in den Großstädten.

»In Babrujsk und Pinsk waren 40% [derjenigen, die sich den Protesten anschlossen,] in sehr hohem Alter. Es war eine enorme Anzahl Rentner gekommen«, sagt der Blogger Filipowitsch im Gespräch gegenüber dem Verfasser. Unter Rentnern gibt es traditionell einen starken Rückhalt für Lukaschenka. Dieses Mal allerdings schloss sich die ältere Generation der Protestbewegung an. Das geschah zum Teil, weil sie mit dem sinkenden Lebensstandard unzufrieden waren, und auch, weil sie ihre Solidarität mit den jüngeren Mitgliedern ihrer Familien zeigen wollten, die nun die Steuer zahlen sollten.

Die umstrittene Steuer berührte also unterschiedliche Bevölkerungsgruppen. Die Pflicht zur Zahlung dieser fiel mit den wirtschaftlichen Problemen des Landes zusammen, die sich über die vergangenen drei Jahre entwickelt hatten. Das Unvermögen des Staates, den Lebensstandard aufrecht zu erhalten, ließ allmählich viele Menschen wütend werden, auch solche, die zuvor dem Regime loyal gegenüberstanden, nämlich Rentner oder Bewohner kleinerer Städte.

Die langfristige Unzufriedenheit mit den niedrigen wirtschaftlichen Standards, kombiniert mit der Empörung über die neu eingeführte Steuer für »Sozialschmarotzer«, brachte dann viele dazu, sich den Demonstrationen anzuschließen. Die oben genannten Emotionen führten dazu, dass die Leute ihre Angst überwandern, sich zusammenschlossen und in ihrer Hauptstadt sowie später in anderen Städten den Raum physisch besetzten. Da sie auf keinen Widerstand seitens der Sicherheitskräfte stießen, wuchsen die Protesten schnell zu einer beträchtlichen Bewegung heran. Es war die vielleicht größte Protestwelle seit dem Machtantritt von Lukaschenka.

Einsatz sozialer Medien

Die traditionellen Medien, das Fernsehen und Zeitungen, werden in Belarus strikt vom Staat kontrolliert. Wer sich in politischen Fragen für alternative Positio-

nen interessiert, wendet sich normalerweise Nachrichtenportalen im Internet und sozialen Medien zu. Bei früheren Massenprotesten – 2006 und 2010/11 – hatten nur bestimmte Teile der Gesellschaft einen schnellen und stabilen Zugang zum Internet gehabt. Bis 2017 sind in dieser Hinsicht anderthalb Millionen Menschen dazugekommen, was unter anderem dazu geführt hat, dass sich in den letzten vier Jahren die Anzahl der über 55-Jährigen mit Internetzugang verdoppelt hat. In anderen Ländern schauen ältere Erwachsene jetzt aktiver politische Videos im Internet und teilen intensiver politische Neuigkeiten, als dies bei jüngeren Generationen der Fall ist. In den USA hatte diese Entwicklung bei den Präsidentschaftswahlen 2016 eine Rolle gespielt, wie eine Studie von Jonathan Albright von der Columbia-Universität zeigt (s. d. Lesetipps).

Bei der Mobilisierung unterschiedlicher Gesellschaftsgruppen zu gemeinsamen Aktionen haben zwei Aspekte von Internet-Technologien eine Rolle gespielt. Zum einen sind Aktivisten der Bewegung gegen die Steuer für »Sozialschmarotzer«, mit denen der Verfasser sprechen konnte, der Ansicht, dass die Menschen Informationen über die Proteste vor allem über soziale Medien erhielten. Anschließend seien die Informationen über Ort und Zeit der Protestversammlungen über soziale »Alltags-Netzwerke« verbreitet worden.

Zweitens setzten sowohl die Protestbewegung gegen die Steuer, wie auch die Kampagne zur Verteidigung von Kurapaty extensiv eine weiteres Internet-Instrument ein: Die Aktivisten waren wohl die ersten politischen Livestreamer der sozialen Medien in Belarus.

Die vor kurzem eingeführte Videolivestreaming-Funktion von »Facebook« wurde von den Kurapaty-Unterstützern und später von den Steuergegnern intensiv genutzt. Die Videoaufnahmen von Menschen, die zeitgleich die zentralen Straßen belarussischer Städte entlangmarschieren, erschütterten das Bewusstsein der Leute. Viele hatten Bilder dieser Art seit den 1990er Jahren nicht mehr gesehen. Das machte die Proteste realistischer und half dabei, die Anhänger der Protestbewegung zusammenzubringen. Einige Aktivisten erzählten, sie seien auf die Straße gegangen, nachdem sie Livestreams von Protesten in anderen belarussischen Städten gesehen hatten.

Der Einsatz sozialer Medien hatte bislang für die politische Mobilisierung in Belarus keine große, positive Rolle gespielt. 2017 jedoch wurde es extensiv zur Mobilisierung genutzt. Es scheint das erste Jahr zu sein, in dem Kampagnen in sozialen Medien für den Erfolg von Protesten ausschlaggebend war. Und es könnten die ersten Massenproteste gewesen sein, bei denen den regierungsfreundlichen Medien letztlich ihr Einfluss auf Lukaschenkas soziale Basis entglitt.

Fazit: Die erfolgreiche Verteidigung von Kurapaty und die Niederschlagung der Protestkampagne gegen die »Sozialschmarotzersteuer«

Die intensive und innovative Präsenz in den sozialen Medien hat den Aktivisten zur Verteidigung von Kurapaty dabei geholfen, eine Basis aus Netzwerken und Followern aufzubauen. Diese Netzwerke wurden von den Verteidigern für eine Öffentlichkeitskampagne genutzt. Die Kampagne fand eine breite Unterstützung in der Minsker Bevölkerung, die Geld an die Aktivisten spendete und ihr Lager mit den dort benötigten Sachen versorgte.

Neun Tage nach Beginn der Verteidigung trafen sich ihre Vertreter mit dem Bürgermeister von Minsk – ein für die jüngste Geschichte politischer Proteste in Belarus außerordentliches Ereignis. Sechs Tage später wurde der Bau des umstrittenen Geschäftszentrums vollständig aufgegeben und die Aktivisten begannen, das Gelände zu verlassen. Einer der Anführer der Kampagne, Smizer Daschkewitsch, merkte hierzu an, es sei das erste Mal in der zwanzigjährigen Geschichte der »Jungen Front« gewesen, dass sie einen Ort des Protestes freiwillig verlassen habe.

Die Zugeständnisse hingegen, die die Regierung der Protestbewegung gegen die »Schmarotzersteuer« machte, hatten die Bewegung nicht stoppen können. Die Agenda der Bewegung wurde zunehmend politischer, was für Lukaschenka sicherlich unerwartet kam. Die Niederschlagung der Kampagne begann, nachdem sich der Präsident eingeschaltet hatte. Lukaschenka begründete das mit der Behauptung, die Kampagne sei Teil einer Verschwörung gegen ihn. Nach der Gewalt am »Tag der Freiheit« (25. März) zog sich die Protestbewegung ins Internet zurück und ebte allmählich ab. Einige Aktivisten und Parteiführer sind in Bezug auf die Zukunft der Bewegung allerdings sehr zuversichtlich. Sie hoffen, dass im Herbst und im Winter neue Proteste folgen werden.

Mit Stand vom Oktober 2017 war die Steuer für »Sozialschmarotzer« weder abgeschafft, noch in Kraft getreten; die Regierung arbeitet immer noch an einer aktualisierten Fassung des Gesetzes über diese Steuer. Allerdings war die Protestbewegung insofern erfolgreich, als sie Änderungen an dem entsprechenden Gesetz bewirkte, so dass ein Inkrafttreten auf 2018 verschoben wurde. Lukaschenka hat alle Arbeitslosen angewiesen, innerhalb von zwei Monaten eine Arbeit zu finden. Andererseits hat die Regierung ihre Idee nicht aufgegeben, all diejenigen mit einer Steuer zu belegen, die nicht offiziell beschäftigt sind, jedoch arbeiten könnten.

Das Schicksal der Protestbewegung belegt die derzeit vorhandene Fähigkeit des belarussischen Regimes, abweichende Meinungen zu unterdrücken. Nachdem das Netz-

werk der Aktivisten über eine Online-Kampagne und eine Unterschriftensammlung entstanden war, hat sie sich einem autoritären Staat mit zwanzigjähriger erfolgreicher Repressionserfahrung gegenüber als zu verwundbar herausgestellt. Dabei haben es die Aktivisten nicht vermocht, eine stabile Organisation aufzubauen. Eine solche Organisation ist normalerweise Voraussetzung für eine nachhaltig bestehende Gruppe, die sich am politischen Prozess beteiligen will. Schließlich dürfte auch die mangelnde Solidarität unter den Anhängern der Bewegung eine gewisse Rolle beim Niedergang der Kampagne gespielt haben.

Die Proteste dieses Jahres gegen die Regierung in Belarus waren derart breit angelegt, unübersehbar und unerwartet, dass 2017 als Jahr des Protests bezeichnet werden kann. Sie waren hinsichtlich ihrer politischen Implikationen größtenteils erfolgreich, was in Belarus alles andere als üblich ist. Die monatelangen Proteste haben dazu geführt, dass die empörende Steuer für Arbeitslose auf Eis gelegt wurde. Die Verteidigung von Kurapaty war ein voller Erfolg, indem das umstrittene Projekt in der Nähe der Gedenkstätte vollkommen aufgegeben wurde.

Auswirkungen auf das politische System

Die Proteste haben gezeigt, dass ein Teil der Belarusen bereit ist, sich selbst zu organisieren. Sie haben auch deutlich gemacht, dass die Fähigkeit besteht, gegen eine Regierungspolitik, die als ungerecht und destruktiv wahrgenommen wird, Widerstand zu entwickeln. Allerdings haben sowohl die Kampagne gegen die Steuer, als auch die Verteidiger von Kurapaty eher gegen Veränderungen protestiert, als gegen den bestehenden Status quo des autoritären politischen Systems in Belarus. Andrej Strishak, Aktivist der Gewerkschaft REP, der die Info-Kampagne über die Protestbewegung gegen die Steuer entscheidend mitorganisiert hatte, meinte im Gespräch gegenüber dem Verfasser, dass die Protestierenden im Allgemeinen den »Wunsch [hatten], die Dinge so zu bewahren, wie sie waren«. Die Proteste hätten also »einen klaren Bedarf an populistischen Parolen und einfachen [...] Lösungen für komplexe Probleme [demonstriert]. Das war keine Welle, die in der Gesell-

schaft das Bewusstsein dafür entstehen ließe, dass man Verantwortung für das Geschehen im Land übernehmen soll, dass radikale Reformen vonnöten sind«.

Es gibt also wenig Grund anzunehmen, dass die Proteste von 2017 von einem neu entstandenen Bedürfnis in der Gesellschaft nach einer Einführung von Rechtsstaatlichkeit, Medien- und Versammlungsfreiheit bestimmt wurden. Darüber hinaus waren diese Bewegungen in geringerem Maße proeuropäisch und reformorientiert als noch die Proteste nach den Wahlen 2006 und 2010. Die aktuellen Bekundungen in Belarus hinsichtlich »europäischer Werte« sollten daher nicht überbewertet werden.

Das Anliegen der Proteste entsprang wirtschaftlichen Gründen bzw. Fragen der kollektiven Erinnerung. Die Regierung neutralisierte die Themen weitgehend, indem – im Fall Kurapaty – ein eher auf Unabhängigkeit ausgerichtetes, denn ein sowjetisches historisches Narrativ verfolgt wurde, und indem eine unbeliebte Besteuerungsmaßnahme ausgesetzt wurde.

Einige etablierte Organisationen, die die Protestbewegung angeführt hatten, haben daraus Nutzen ziehen können. Hierzu gehören Gewerkschaften und eine Reihe Oppositionsparteien. Sie haben in den kleineren Städten neue Anhänger gewonnen. Diese neuen Aktivisten werden vermutlich die Gelegenheit bekommen, bei den spätestens im Februar 2018 anstehenden Kommunalwahlen zu kandidieren.

Wie es scheint, hat die Gesellschaft in Belarus nach den Protesten von 2017 keinen wesentlichen Wandel hinsichtlich einer Demokratisierung ihres politischen Systems erfahren. An einer Demonstration teilzunehmen oder ein politisch aktiver Bürger zu sein, bleibt im gleichen Maße eine riskante Angelegenheit, wie es vor 2017 der Fall war. Ebenso wenig haben die Proteste zu einem Haltungswandel der Regierung in Bezug auf Rechtsstaatlichkeit und politische Grundrechte geführt. Zudem scheint das Regime von den Menschen in Belarus wenn, dann vor allem aus wirtschaftlichen Gründen in Frage gestellt zu werden.

Übersetzung aus dem Englischen: Hartmut Schröder

Über den Autor

Aliaksandr Herasimenka ist Doktorand an der Universität Westminster in London. Seine Doktorarbeit befasst sich mit dem Einsatz sozialer Medien durch politische Aktivisten in Belarus und Russland.

Lesetipps

- Albright, Jonathan: What's Missing From The Trump Election Equation? Let's Start With Military-Grade PsyOps, Blog vom 11. November 2016; <<https://medium.com/@d1gi/whats-missing-from-the-trump-election-equation-let-s-start-with-military-grade-psyops-fa22090c8c17>>.
- Crabtree, C.; C. Fariss, P. Schuler: In Belarus, Europe's »last dictator« is actually allowing protest. Here's why, in: Washington Post, 24. März 2017; <<https://www.washingtonpost.com/news/monkey-cage/wp/2017/03/24/belarus-is-allowing-protest-because-its-authoritarian-government-wants-western-support/>>.